

Protokoll

über die Konferenzsitzung des Landtages vom 1. Oktober 1941
Beginn vormittags 9 Uhr.

Abwesend der Abg. Heinrich Brunhart und Reg. Chef Dr. Hoop
Reg. Vertreter Regierungschefstellvertreter Dr. Vogt

Die Protokolle der letzten drei Sitzungen werden verlesen
und nach Anbringung einer Berichtigung genehmigt.

1. Reorganisation der Landesschulen in Vaduz und Eschen.

Präsident: Es fanden diesbezüglich schon mehrere Besprechungen und Konferenzen statt. Gestern war eine Konferenz zwischen der Regierung, dem Landesschulrat und den Lehrern der Landesschulen. Von den Herrn Lehrern wurde gewünscht, es möchte vorläufig die Diskussion im Landtage über diesen Gegenstand verschoben werden, da sie noch gewisse Anträge einbringen wollten.

Bühler: Nachdem dies das einzige Traktandum des Landtages war, möchte ich mir doch die Anfrage an die Regierung erlauben, ob es richtig ist, dass in der Landesschule in Vaduz eine Unordnung herrscht und was die Gründe dieser Unordnung sind, und, wenn eine solche besteht, ob die Möglichkeit besteht, diese Unordnung in allernächster Zeit zu beseitigen. Ich könnte nicht zusehen, wenn solche Zustände belassen würden.

Präsident: Die Regierung würde die Auskunft erteilen können. Ich kann aber den Landtag über die Angelegenheit informieren. Die ganze Sprecherei über die Landesschule hat zwei Gründe. Der erste Grund ist rein sachlich. Es wird betont, dass der Zweck, den die Landesschule verfolgt, nicht entspricht und sie sollte revidiert und reorganisiert werden. Auf diese objektive Sache kann man eintreten. Wir hoffen, dass dies bereinigt werden kann und der Landtag dann hierzu Stellung beziehen kann. Der zweite Grund, wraum das Getöse herum ist, ist mehr persönlicher Natur und diese Sache geht allgemeiner Art über die Herren Professoren, zumteil z.B. über eine Lehrperson. Diese Angelegenheit ist in den Konferenzen reichlich besprochen worden und es hat den Eindruck gemacht, dass die Interessenten und die Herren Professoren sich befriedigt erklärt haben d.h. die Sache ad acta zu legen.

Faktisch muss zugegeben werden, dass bei einer Lehrperson gewisse disziplinäre Schwierigkeiten bestehen. Das trifft zu beim Lehrer Ott. Die Herren Professoren haben erklärt, dass es verhältnismässig besser geworden ist. Es sind dann einzelne Vorkommnisse erwähnt worden, die bei genauer Prüfung nicht so schlimm anzusehen sind, wenn sie auch nicht zu billigen sind. Die ganze Sache hat noch einen historischen Hintergrund, das ist die Errichtung eines Gymnasiums im Marianum in Vaduz. Der Landesschule geht mancher talentierte Bube weg. Nun hat sich eine Art Ersatzrealschule für Mädchen entwickeln wollen. Der Mädchenunterricht ist heute nicht zweckentsprechend und ist reorganisationsbedürftig. Da werden bestimmt Vorschläge kommen. Dieser Privatunterricht hätte erteilt werden sollen durch das Marianum. Das Marianum hat sich auch bereit erklärt, soferne keine Schwierigkeiten entstehen und die Regierung zustimmt. Der Landesschulrat hat gestern in dieser Angelegenheit folgenden Beschluss gefasst: Es ist der Unterricht an Mädchen im Marianum zu untersagen. Privatunterricht darf nicht im Sinne eines Klassenunterrichtes erteilt werden. Grundsätzlich ist den Gesuchstellern stattgegeben worden mit der Einschränkung in dem Sinn, dass der Unterricht nicht im Sinne eines Klassenunterrichtes erteilt wird.

Bühler: Ich möchte wünschen, dass gründliche Ordnung gemacht wird. Es müssen doch gewisse Momente da sein, dass gewisse Kinder zurückgezogen worden sind. Gegen den Beschluss, dass man dem Marianum verbietet, Mädchen zu unterrichten, habe ich nichts, wenn die Landesschule so eingerichtet wird, dass man Mädchen unterbringen kann. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass die Lehrer da sind für das Volk und nicht das Volk für die Lehrer. Ich wünsche, dass gründliche Abhilfe geschaffen wird.

Dr. Wogt: Die beiden Landesschulen sind das, was die Lehrer aus ihr machen. Es ist Aufgabe der Behörden, den Schulen richtige Lehrpersonen zur Verfügung zu stellen und die Schule zu kontrollieren und alles Andere hängt von der Persönlichkeit der Lehrer ab.

Dr. Schädler: Nachdem das ganze Thema heute nicht spruchreif ist, so möchte ich eine Bitte an den Präsidenten richten, dass das

ganze Thema den Abgeordneten rechtzeitig zum Studium vorgelegt werde. Es handelt sich um eine fundamentale Frage des Bildungswesens des Volkes und es ist wichtig, dass jeder Abgeordnete über dieses Thema genauestens informiert ist. Dass etwas nicht ganz stimmt, gibt der Präsident, der Einsicht in die Schule hat, ja zu. Man sollte daher mit der Reform nicht zu lange zuwarten, denn der Staat ist verantwortlich für das Bildungswesen. Die Schulen sind so auf dem Stande zu halten, dass jeder seine Grundlage für seine zukünftige Bildung erwerben kann. Wenn einer noch weiter gehen will, ist das seine Sache. Das Bildungswesen ist auf eine neuzeitliche Stufe zu heben und das Problem soll bald in Angriff genommen werden.

Präsident: Die Anregung wegen der Information des Landtages ist verdankenswert und ich würde das ohne weiters gemacht haben. Die Frage der Reorganisation der Landesschule ist aber eine sehr sehr schwere. Die einzelnen Wünsche sind sehr schwer unter einen Hut zu bringen. Die gleiche Frage ist vor etwa 6-8 Jahren erörtert worden. Abgeschlossen hat die Geschichte, dass in Ermangelung der zur Verfügung stehenden Mittel und Einrichtungen die gewerbliche Ausbildung in der Schweiz geschieht und der Lehrplan beibehalten worden ist. Die Existenz einiger Persönlichkeiten darf in dieser Frage nicht ausschlaggebend sein. Es hängt hier an unseren kleinen ländlichen Verhältnissen. Ich bitte vorläufig, auf Einzelheiten nicht näher einzutreten, weil alles wiederholt werden muss. Ich nehme zur Kenntnis, dass den Herren Abgeordneten vorher die Unterlagen schriftlich zugestellt werden sollen.

2. Einbürgerung des Herrn Oliver Dunvan.

Dr. Vogt referiert über die persönlichen und finanziellen Verhältnisse des Bürgerrechtswerbers. Er beantragt im Sinne des Regierungsbeschlusses aurrechte Erledigung.

Dr. Schädler beantragt, dass die Zuteilung des Kandidaten durch die Regierung geschieht nach Massgabe der Bedürftigkeit und unter Berücksichtigung der bisherigen Verteilung.

Präsident stellt den Zusatzantrag, dass die Regierung beauftragt wird, dass dieser Betrag von der zugewiesenen Gemeinde nur zu Bo-

denverbesserungsarbeiten verwendet werden darf und deshalb hierfür gesperrt wird.

Hoop glaubt, dass es evtl. möglich sei, angesichts des Reichtummes des Mannes mehr aus ihm herauszubringen.

Präsident klärt auf, dass dies heute nicht mehr möglich sei, nachdem der Fall ein halbes Jahr zurückliege und ihm damals diese Summen genannt worden seien.

Sodann melden sich einzelne Angeordnete zum Worte und bitten zu Zuteilung an ihre Gemeinde, nur der Abgeordnete Bühler verzichtet auf eine Zuteilung an die Gemeinde Mauren, befürwortet aber nachdrücklichst eine Zuhaltung der Gemeinde Eschen.

Der Landtag beschliesst sodann einstimmig, beim Landesfürsten die Aufnahme des Bürgerrechtswerbers unter den angebotenen Bedingungen mit der Massgabe, dass die Regierung die Zuteilung an eine Gemeinde im Sinne des Antrage Dr. Schädlers und des Präsidenten vornimmt.

3. Anwendbarkeit des schweiz. Bundesgesetzes betr. Heimarbeit.

Dr. Vogt erklärt, dass dieses Gesetz aufgrund des Zollvertrages auch auf Liechtenstein anwendbar erklärt worden sei. Er informiert des Landtag kurz über den Inhalt des Gesetzes und stellt den Antrag auf Uebernahme des Gesetzes.

Der Landtag stimmt der Uebernahme desselben einstimmig zu.

Sele frägt an, ob nicht auf dem Verordnungswege ein gesetzlicher Zuschlag für Wasserarbeiten eingeführt werden könnte.

Dr. Vogt legt ihm nahe, konkrete Vorschläge schriftlich an die Regierung zu erstatten

Risch Bernh. ersucht um Dispens für einen jungen Bergerbuben, der bei einem Vaduzer Bauer als Hüter angestellt würde. Er glaubt, man sollte nicht zu stark zugeknüpft sein. Das Arbeitsamt und die Regierung seien nicht in der Lage, solche Leute zu beschaffen, also soll Dispens gegeben werden. Man müsse angesichts der Kriegszeit auf die Bauern Rücksicht nehmen.

Präsident klärt auf, dass diesbezüglich ein Beschluss des Landesschulrates gefasst worden sei, da mehr solche Fälle gewesen seien. Es sei eine Lösung so gefunden worden, dass der betreffende Bauer

im Lande den Bergbuben auch über den Winter behält und in der
Bub dann im Tale die Schule besucht. Man dürfe nicht die Kinder
ungeziemender Art ausnützen und das bisschen Schule noch wegneh-
men. Es geschehe dies nicht aus Zugeknüpftheit, sondern in Wahrung
der Interessen des Kindes. Im Interesse des Kindes und des Schul-
unterrichtes könne dem Ersuchen nicht stattgegeben werden. Es
seien ja noch andere Schulentlassene genügend vorhanden, aber
es sei meistens eine Geldfrage.

Risch begreift eines Teils den Standpunkt des Landesschulrates, an-
dererseits sei es nicht so leicht, einen Buben zu bekommen. Es müsse
dafür gesorgt werden, dass die Bauern solche Hüterbuben bekommen.

Brüschädler Ich verstehe den Standpunkt des Präsidenten sehr gut
in dieser Frage. Wir hätten andere Möglichkeiten, wenn wir sie rich-
tig ausschöpfen. Mit dem Landjahr hat sich letztes Jahr nicht nur
die Regierung, sondern auch der Landtag schwer blamiert. Ich möchte
daher heute schon die Regierung darauf aufmerksam machen, dass im
nächsten Frühjahr angesichts des Mehranbaues die Arbeitsfrage
wieder akut wird und wir dürfen uns diese Blamage nicht mehr er-
lauben. Heute ist bereits der Zeitpunkt da, da man an dieses Pro-
blem herantritt, damit im nächsten Jahr dieser Arbeitsdienst zu
klappen kommt.

«erner möchte ich anfragen, wie es mit dem Kanal steht. Ich
habe den Eindruck, dass der Fortgang bei dieser Arbeit schleppend
ist und wenn das Tempo nicht beschleunigt wird, werden wir noch
in 10 Jahren am Kanal sein. Ich habe bald den Eindruck, dass diese
Hemmung wegen der Auszahlung der Teuerungszulage an die Beamten
sich hier auswirkt. Ich werde daher in Zukunft so frei sein, an die-
sem Thema zu rütteln, bis ich überzeugt bin, dass es in Schwung ge-
kommen ist.

Präsident: Beim Kanal ist es nicht so schlimm. Für diese Arbeit
am Kanal ist vor der Prüfung der Frage der Teuerungszulage ein
Kredit von Frs. 30,000 festgelegt worden, der nicht überschritten
werden dürfe für die Sommersaison. Ich bin fest überzeugt, dass
die Winterperiode das Gross der Arbeit am Kanal schaffen muss. Der
Trockenaushub wurde im Frühjahr gemacht und die Bagger waren den
ganzen Sommer über tätig mit Ausnahme eines, der einer gründlichen

Revision unterzogen worden ist. Schlimm ist die Behinderung nicht. Ich gebe zu, dass man die Arbeit hätte forcieren können. Wir sind aber programmässig weit voran und sind nirgends im Rückstand mit den Arbeiten.

Bühler: Ich halte es ebenfalls für schwer, Einzeldisensen zu geben, hingegen habe ich die Auffassung, dass man während der Schulzeit im Frühjahr die Schulen einsetzen muss in den Arbeitsprozess, wenn es notwendig wird. Es wird dazu kommen, dass man Betriebe schliesst, öffentliche Arbeiten einstellt und alles in die Landwirtschaft hineinstecken muss während der Anbauschlacht. Heuer sind uns junge Leute fort und solche Beschlüsse werden auch in Zukunft nicht den gewünschten Erfolg bringen.

Wachter wäre für die Wiedereinführung des 9. Schuljahres, das ^{von Abschaffung} sei ein Missgriff gewesen.

Kindle glaubt, dass wenn man Beschlüsse fasst, sie heuer auch ausgeführt werden müssen, sonst können und sollten die Abgeordneten ruhig daheim bleiben.

Brunhart Louis betont, dass keine Ausnahmen hätten sollen gemacht werden, dass hätte es geklappt.

Dr. Schädler spricht der strikten Durchführung des Landjahres das Wort, da auf die Dauer eine solche Arbeitsleistung den Bauern nicht zugemutet werden könne.

Risch Das ist auch meine Auffassung, aber es soll nicht auf den Frühling hinausgeschoben werden. Es soll vor Neujahr gemacht werden, die Leute warten darauf, und diesmal dürfe es nicht mehr so kläglich versagen.

Matt glaubt, dass das Wort Knecht ein Beigeschmack habe, die Leute könnten als Hilfsarbeiter mit Stundenlohn arbeiten.

Dr. Vogt: Durchführen lässt sich die ganze Sache nur, wenn wir ein Arbeitslager machen.

Dr. Schädler verweist darauf, dass die grossen Arbeiten im Riet noch grosse Summen Geldes erfordern. Das Anleiheproblem sollte dringend gelöst werden. Es wäre ein sträflicher Leichtsin, wenn man jetzt, wo man das Geld braucht, nicht für die Anleihe sorgt.

Dr. Vogt erwähnt, dass Geldbeschaffungsverhandlungen im Gange seien. Es seien aber noch formale Schwierigkeiten zu beseitigen.

Präsident: Die Regierung nimmt zur Kenntnis, dass die Abrechnungen betr. das Landjahr studiert werden sollen und andererseits wird die Geldbeschaffung für die Gemeinden weiter verfolgt werden und dafür gesorgt werden, dass sie Geld bekommen.

Schluss der Sitzung 12 Uhr.
=====

*Quint
Münster
Fanny Eberle*

e-archiv